

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
§ 1 Einführung	1
I. <i>Regulierung und die Schutzfunktion des Rechts</i>	2
II. <i>Regulierung und demokratische Legitimation</i>	3
III. <i>Zum Gang der Untersuchung</i>	4
§ 2 Regulierung – Begriff und Konzept	6
I. <i>Regulierung, regulative Politik und Steuerung</i>	6
II. <i>Regulierung im engeren Sinn der ökonomischen Theorie</i>	8
III. <i>Regulierung im Öffentlichen Recht</i>	9
IV. <i>Legitimationsspezifische Eingrenzung von Regulierung und Regulierungsrecht</i>	11
1. <i>Legitimationsbezug von Regulierung</i>	13
2. <i>Markt- und Wettbewerbsbezug von Regulierung</i>	14
a. <i>Marktwirtschaftlicher Wettbewerb als Ausgangspunkt</i>	14
b. <i>Spezifischer Wettbewerbsbezug der Regulierung</i>	17
3. <i>Zielbezug von Regulierung</i>	18
a. <i>Regulierung zur Korrektur von Marktstörungen</i>	18
b. <i>Regulierung zur Erreichung sonstiger Gemeinwohlziele</i>	21
4. <i>Regulierung als zukunftsgerichtete sektorspezifische Gestaltungsaufgabe</i>	22
a. <i>Regulierung als zukunftsgerichtete Gestaltung</i>	22
b. <i>... durch Verschränkung wettbewerblicher und hoheitlicher Handlungsimpulse...</i>	23
c. <i>... auf unsicherer wissenschaftlicher Grundlage.</i>	23

V. Zwischenergebnis	25
§ 3 Der politische Handlungsimperativ der Regulierung und seine Entsprechung im Recht	26
<i>I. Primat des Wettbewerbs und konsistente Zeitpräferenzen</i>	<i>27</i>
<i>II. Strategien der Selbstbindung – Verrechtlichung, Verselbstständigung</i>	<i>31</i>
1. Verrechtlichung des Wettbewerbsrahmens	31
2. Verselbstständigung des Regulierers	34
<i>III. Zwischenergebnis: Verwaltungsorganisationsrecht als Schnittstelle zwischen Wettbewerbs- und Legitimationstheorie</i>	<i>36</i>
§ 4 Legitimation von Herrschaftsgewalt als normatives Konzept	37
<i>I. Legitimation und Legitimität</i>	<i>37</i>
<i>II. Deskriptive und normative Bedeutung von Legitimität</i>	<i>38</i>
<i>III. Legitimität in der normativen Regulierungstheorie</i>	<i>39</i>
§ 5 Legitimation von Herrschaftsgewalt im Grundgesetz und im europäischen Primärrecht	40
<i>I. Grundrechte und individuelle Freiheit</i>	<i>41</i>
<i>II. Demokratisch legitimierte Gestaltung</i>	<i>42</i>
1. Grundlagen des demokratischen Systems des Grundgesetzes	42
2. Die demokratischen Grundsätze des europäischen Primärrechts	44
a. Legitimationssubjekt und -objekt	45
b. Legitimationsmodi	46
aa. Repräsentation	46
bb. Partizipation und Assoziation	48
cc. Deliberation	51
<i>III. Zwischenergebnis</i>	<i>52</i>

§ 6 Regulierung im parlamentarischen Regierungssystem	54
<i>I. Politische Ökonomie und Neue Politische Ökonomie</i>	55
<i>II. Grundaussagen der Neuen Politischen Ökonomie</i>	56
1. Mögliche Einflussfaktoren auf den Regulierungsprozess	57
a. Wahlen als Wettbewerb um die politische Führung – Der Ansatz Schumpeters und Downs'	57
b. Ökonomische Theorie der Interessengruppen – Olsens Theorie der Organisierbarkeit von Gruppen	61
c. Die positive ökonomische Theorie der Regulierung	64
d. Zwischenergebnis	67
2. Regulierung im Zyklus der Parlamentswahlen	67
3. Der Einfluss der Dauer einer Legislaturperiode	69
4. Exkurs: Nationale Regulierung in der überstaatlichen Verflechtung	70
<i>III. Zwischenergebnis</i>	71
§ 7 Verselbstständigte Regulierungsbehörden im Grundgesetz und in den Unionsverträgen	74
<i>I. Verselbstständigte Regulierungsbehörden nach dem klassischen Modell der Verwaltungslegitimation</i>	74
1. Stellung der Verwaltung nach den Regelungen des Grundgesetzes	75
2. Stellung der Verwaltung nach dem herrschenden Modell der Verwaltungslegitimation	77
a. Das klassische Modell der demokratischen Legitimation der Verwaltung	78
b. Sonderfall funktionelle Selbstverwaltung	81
3. Möglichkeiten und Grenzen einer Distanzierung gegenüber dem politischen Prozess	82
a. Modifikation durch parlamentarische Kontrolle?	82
b. Politische Unabhängigkeit im klassische Modell der demokratischen Legitimation der Verwaltung	84
c. Möglichkeiten zur Fortentwicklung der klassischen Theorie	85
aa. Output-Legitimation als ergänzender Legitimationsmodus	86
bb. Bereichsspezifische Anpassung des Legitimationsniveaus	87
4. Zwischenergebnis: Die Bedeutung der Demokratietheorie	88

<i>II. Unionsrechtliche Rückbindung der Unionsverwaltung an das Europäische Parlament und die Parlamente der Mitgliedstaaten</i>	89
1. Stellung der Unionsverwaltung nach den Regelungen der Unionsverträge	89
a. Die Europäische Kommission als Kopf der unionalen Eigenverwaltung	90
b. Die nachgeordnete Unionseigenverwaltung	92
2. Selbstständige Unionsagenturen im institutionellen Gleichgewicht der Verträge	97
a. Die „klassische“ Meroni-Doktrin	97
b. Die Meroni-Doktrin in der Diskussion	100
3. Demokratische Gehalte der Meroni-Rechtsprechung	102
a. Die Legitimation nach der Meroni-Doktrin	102
b. Folgen der Ausdifferenzierung der EU-Eigenverwaltung	104
c. Art. 298 Abs. 1 AEUV und die Schaffung einer unabhängigen Verwaltung	105
4. Zwischenergebnis: Die Bedeutung der Demokratietheorie	108
<i>III. Verselbstständigte Behörden im Mehrebenensystem</i>	109
1. Relativierung des grundgesetzlichen Legitimationsstandards	110
2. Grundgesetzliche Anforderungen an die europäische Rechtsetzung ...	113
<i>IV. Zusammenfassung</i>	115
§ 8 Input- und output-orientierte Demokratietheorien	116
<i>I. Anforderungen an die Input-Dimension (Beteiligungsdimension)</i>	117
<i>II. Die Bedeutung der Output-Dimension (Leistungsdimension)</i>	119
<i>III. Regulierungsbehörden zwischen selbstständiger Technokratie und weisungsabhängiger Bürokratie</i>	121
§ 9 Regulierungstheorie zwischen technokratischem Output und demokratischem Gemeinwillen	123
<i>I. Der Europäische Regulierungszweig als Regulatory State</i>	124
1. Die Europäischen Gemeinschaften als Regulierungsstaat	125
2. Legitimation im Regulierungsstaat	127

3. Effizienz und ihr Bezugspunkt	130
<i>II. Demokratische Gemeinwohlbestimmung in der Industriegesellschaft</i>	131
1. Der Staat als unabhängiger Hüter des Gemeinwohls im Wirtschaftsleben der frühen Bundesrepublik	134
2. Bedeutungsverlust der etatistischen Sichtweise in der Staatslehre	141
3. Das verbleibende Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gemeinwohl	148
<i>III. Selbstbindung in Selbstbestimmung</i>	154
1. Kontroverser und nicht-kontroverser Sektor des Gemeinwesens – Von der öffentlichen Meinung zum Gemeinwillen	157
2. Stufen des Gemeinschaftsbewusstseins und ihre Abbildung im Recht	160
<i>IV. Gemeinwille und Regulierung</i>	161
1. Unabhängige Regulierungsbehörden in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes	162
a. Parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren und demokratischer Gemeinwille	162
b. Die Bedeutung nationaler Traditionsbestände	164
c. Parlamentarisches Gesetzgebungsverfahren und die Anpassung des Gemeinwillens	166
2. Unabhängige Regulierungsbehörden in der Europäischen Union	169
a. Europäisches Rechtsetzungsverfahren und Gemeinwille	169
b. Die Europäische Union zwischen nationalen und europäischen Traditionen – Die Finanzkrise als Chance	171
c. Die Verantwortung der Europäischen Kommission für die Anpassung des Gemeinwillens	172
 § 10 Ausblick	 176
 Literaturverzeichnis	 179
Personen- und Sachregister	209